

# Grossangriff auf die Regierung

Die FDP will zwei Departemente abschaffen und erhält dabei Unterstützung von links

Von Serkan Abrecht

**Basel.** Seit Jahrzehnten wird diskutiert, ob die Stadt überhaupt sieben Regierungsräte benötigt oder ob fünf genügen. Nun meint es die FDP ernst: An ihrer Parteiversammlung hat die Partei mit grosser Mehrheit beschlossen, die Reduktion von sieben auf fünf Departemente voranzutreiben und dabei auch das Präsidialsystem abzuschaffen. Mit Paragraf 111 Absatz 2 schrieben die Basler im März 2005 das Amt eines Regierungspräsidenten und somit das Präsidialsystem in die Kantonsverfassung.

Das Präsidialdepartement (PD) und das Gesundheitsdepartement (GD) aufzulösen, wäre für die FDP nun naheliegend. Letzteres hat seit der Amtszeit von Carlo Conti (CVP) und der damaligen Auslagerung der Spitäler deutlich an Kompetenzen und Aufgaben verloren. Unter Regierungsrat Lukas Engelberger (CVP) hat das GD ein bescheidenes Kontingent von 227 Vollzeitstellen (Staatskalender 2017) – 2006 waren es noch 5000. Für die Freisinnigen mitunter ein Grund, das Departement aufzulösen und die Stellen anderswo anzusiedeln oder ganz abzubauen.

Die Idee der Reduktion der Departemente von sieben auf fünf ist nicht neu. Schon Jörg Schild (FDP) forderte während seiner Amtszeit als Regierungsrat von 1992 bis 2006 stets die Auflösung von zwei Departementen. Nun will dies die FDP umsetzen: «Wir werden in den kommenden Monaten eine Motion einreichen, die den Regierungsrat auffordert, uns die Verfassungs- und Gesetzesänderungen zu unterbreiten, um die Anzahl der Departemente um zwei zu reduzieren», sagt Parteipräsident Luca Urgese. «Da dies eine Verfassungsänderung zur Folge hat, muss darüber letztlich das Volk entscheiden.» Doch nur mit der Abschaffung allein ist es nicht getan.

Die FDP will langfristig auch die Staatsquote senken. «Die Anzahl der Verwaltungsstellen soll zudem höchstens im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum steigen», heisst es im neuen



**Fragwürdige Daseinsberechtigung.** Für die FDP braucht es nur noch fünf statt sieben Regierungsräte. Foto Kostas Maros/BaZ

Parteiprogramm. Ende letzten Jahres hatte die Stadt knapp 11 000 Staatsangestellte, was 16,5 Prozent mehr sind als noch 2009, als die letzte grosse Verwaltungsreform (RV 09) in Kraft trat. In derselben Zeitspanne wuchs die städtische Bevölkerung hingegen lediglich um fünf Prozent. «Das Wachstum des Staatspersonals und die Reduktion der Departemente sind aber zwei unterschiedliche Themen», sagt Urgese.

## Rechtfertigung vor dem Souverän

Schützenhilfe für die Departements-Reduktion erhält die FDP von links. «Die Idee, die Anzahl der Departemente zu reduzieren, ist sicherlich aufgrund der Veränderungen in der Vergangenheit jedem Grossrat einmal gekommen», sagt Thomas Grossenbacher (Grüne). «Nach all den Reformen in den

vergangenen Jahren und der Auslagerung der Spitäler kann meiner Meinung nach der heutige Zustand, ohne eine Überprüfung vorzunehmen, gegenüber dem Steuerzahler nicht mehr gerechtfertigt werden. Ich finde deshalb eine Überprüfung der heutigen Aufgabenverteilung zwingend notwendig.» Grossenbacher, selbst Angestellter beim Kanton, ist dem Vorschlag der FDP nicht grundlegend abgeneigt, dass je nach Resultat der Überprüfung zwei Departemente in Zukunft abgeschafft werden.

Sozialdemokratin Sarah Wyss schlägt in dieselbe Kerbe: «Ich habe vor zwei Jahren bereits einen solchen Vorschlag gemacht und halte die heutige Departementszahl weiter für prüfenswert.» Trotzdem hat Wyss Vorbehalte gegenüber dem FDP-Vorschlag: «Eine

Restrukturierung im Kanton, um die Effizienz zu steigern, ist sinnvoll. Aber sollte damit ein massiver Abbau von Staatspersonal einhergehen, kann ich die Freisinnigen nicht unterstützen. Ich will auch nicht die Steigbügelhalterin für ihren Wahlkampf sein.» Optimierung bedeute nicht gleich Abbau. Aber: «Die letzte Verwaltungsreform ist nun neun Jahre her und es ist deshalb Zeit, wieder über die Bücher zu gehen.»

Zweifel am Vorschlag der FDP hat LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein: «Es ist tatsächlich so, dass das Gesundheitsdepartement langsam seine Daseinsberechtigung verliert – der Vorschlag ist deshalb sicherlich prüfenswert, für mich aber der falsche Ansatz. Zuerst muss beim Staatspersonal gespart werden. Es bringt nichts, wenn wir zwei Departemente auflösen

und die dortigen Mitarbeiter einfach wieder in ein anderes Departement umsiedeln.» Weiter sieht sie im FDP-Anliegen eine politische Gefahr: «Die Reduktion auf fünf Departemente könnte die Bürgerlichen schwächen. Im schlimmsten Fall können die Linken vier Sitze erobern und uns mit einem zurücklassen.»

## Furcht vor Sitzverlust

Auch alt Regierungsrat und Nationalrat Christoph Eymann (LDP) findet den Vorschlag gefährlich: «Die Polit-szene in Basel würde unruhiger werden, gäbe es zwei bis drei grosse Parteien ohne Regierungsmitwirkung. Die müssen dann durch Initiativen und Referenden auf sich aufmerksam machen.» Zudem befürchtet er ein Ungleichgewicht zwischen links und rechts. Zurückhaltend gibt sich CVP-Präsident Balz Herter: «Grundsätzlich sehe ich beim Kanton viel Sparpotenzial beim Personal. Ich denke aber nicht, dass wir durch die Zusammenlegung von Departementen viele Stellen abbauen können. Ich wäre eher für eine generelle Verschlankung des Staatsapparats und nicht gleich für die Auflösung von zwei Departementen.»

Unbestritten ist, dass die momentane Aufgabenverteilung in den Departementen zu vielen Doppelspurigkeiten und Überschneidungen führt. So tangiert beispielsweise der Bereich «Migration» heute gleich drei Departemente. Ebenfalls das Thema «Stadtentwicklung». Dass die FDP nun plötzlich wieder ihren klassischen, antietatistischen Kurs fährt – dem sie als Liberale eigentlich verpflichtet wären – überrascht.

Als Jörg Schild die Debatte um eine Departementsreduktion vor zwei Jahren in einem Interview mit der *BaZ* wieder ansties, distanzierte sich die Basler FDP damals von ihm. Zu gross war die Angst vor dem Verlust des politischen Einflusses. Vizepräsident Daniel Seiler sagte damals: «Ich erachte den jetzigen Zeitpunkt als falsch für eine solche Debatte.» Die Zeiten haben sich anscheinend geändert.